

## **KGW's Rundschreiben**



28.07.2016  
Seite 1 von 4

### **Deutschland in Europa und der Welt**

Für die EU ist es neu, dass ein Land (Großbritannien) austritt. Aber auch hierfür haben die Gründungsväter im Artikel 50 des EU-Vertrages ein Regelwerk niedergeschrieben. Wenn man den Austritt anzeigt, beginnt eine 2-jährige Verhandlungsfrist bis zum endgültigen Austritt. Schon heute gibt es Politiker, die darauf verweisen, dass Europa keine Nation sondern ein Staatenverbund ist. Da bis frühestens Ende 2018 (möglicher Austritt Großbritanniens) noch viel Wasser die Themse herunter laufen wird, sucht man nach Mitteln und Wegen, einen endgültigen Bruch zu verhindern. Sicherlich haben die Rechtspopulisten, die den Austritt aus der EU bejubelten, erkannt, dass das für Großbritannien keine gute Lösung wäre.

Einer der Gründungsväter der heutigen EU ist der Franzose Jean Monnet. Er schrieb, dass sich die Einigungspolitik in Krisen vollziehen werde. Der Brexit ist eine dieser Krisen und gäbe vielleicht auch die Möglichkeit, Europa dadurch zu stärken. Der Präsident des DIW, Marcel Fratzscher, schrieb kürzlich für das Handelsblatt, dass vier Elemente für Europa wichtig sind:

Erstens: alle Zentralbanken sowie die EZB müssen ihren Beitrag für die Stabilisierung Europas leisten. Gleichzeitig muss die Politik agieren (und nicht reagieren), um die Wirtschaft zu stützen.

Zweitens: es sollte ein gemeinsames europäisches Fiskalpaket geschnürt werden, in dem alle EU-Mitglieder über die nächsten Jahre zu einer Investitionsoffensive für Bildung, Infrastruktur und Innovation verpflichtet werden. Beispielsweise mit 2% der Wirtschaftsleistung. Südeuropäische Länder stecken tief in der Krise und deshalb brachen deren Aktienmärkte beim Brexit stärker ein, als die Großbritanniens. Diese Investitionsoffensive soll die öffentlichen und privaten Investitionen ankurbeln, um somit das Wachstum in Europa langfristig zu stärken.

Drittens: Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Beim britischen Referendum ging es weniger um Europa, als vielmehr um die Angst vor der sozialen Ungleichheit im eigenen Land. Das Problem der Altersarmut und sozialer Absicherung haben aber alle Länder. Es muss eine Arbeitsmarktpolitik gemacht werden, die es jedem Menschen ermöglicht, mit der eigenen Arbeit für das Alter vorzusorgen.

Viertens: Europa muss reformiert werden. Die Populisten haben in Großbritannien mit den Argumenten soziale Ungleichheit, Integration, Immigration und unzureichenden sozialen Leistungen gepunktet. Das hat im Grundsatz aber wenig mit Europa zu tun und liegt in der Verantwortung der britischen Regierung. Europa muss eine gemeinsame soziale Marktwirtschaft bekommen, die die Länder auch untereinander ausleben.

Der Brexit ist eine Warnung, dass die Länder der EU nicht in streitende Nationalstaaten verfallen, sondern sich künftig für ein stärkeres soziales Europa engagieren. Dabei muss Deutschland eine Vorreiterrolle spielen. Nur so ist der Wohlstand für Deutschland und Europa gesichert.

Ob wir das, was in der Türkei abgelaufen ist, einen Putschversuch nennen oder wie die diktatorischen Reaktionen des Präsidenten Erdogan zu bewerten sind, bedeuten für die türkische Wirtschaft Ungewissheit. Der Ausnahmezustand mit den erweiterten Vollmachten für die Obrigkeit bedeuten eine Stärkung des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Kritik verbietet er sich in jeder Hinsicht. Alles, was im Augenblick in der Türkei passiert, schwächt die Wirtschaft des Landes und macht sie instabil. Ausländische Investoren sind mehr als verunsichert bei einer zu erwartenden weiteren Schwächung des Landes. Deutsche Unternehmen spielen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei eine wesentliche Rolle. Gut 10% der türkischen Ein- und Ausfuhren entfallen auf Deutschland. Deutsch-türkische Unternehmen handeln ein Volumen von ca. 37 Milliarden Euro pro Jahr. In weit über 6.600 Unternehmen in der Türkei findet sich deutsches Kapital. Demzufolge ist der Job von tausenden Arbeitern von deutschen Bestellungen abhängig.

Erwähnt seien hier Bosch, Hugo Boss u.v.a.m. Dass die aktuelle Situation Gift für die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa ist, versteht sich von selbst. Wenn es keine rechtsstaatlichen Strukturen gibt, rücken stabile Geschäftsbeziehungen nach Deutschland (und ganz Europa) in weite Ferne. Erdogans Vorgehen belastet eindeutig die im Augenblick geschwächte Wirtschaft und lässt für die Zukunft nichts Gutes erahnen. Dass geplante Investitionen deutscher Unternehmen in der Türkei zurzeit auf Eis gelegt sind, ist logisch. Ebenso ist kaum damit zu rechnen, dass in nächster Zeit die EU die Türkei als weiteres Mitglied aufnehmen wird.

In der Vergangenheit haben wir uns mehrfach kritisch zur deutschen Subventionspolitik geäußert. 2014 verhängten einige Länder Sanktionen gegen Russland. Russland konterte mit einem Importverbot für einige Agrarprodukte, z.B. Milch und Milchprodukte aus Deutschland. Man muss wissen, dass ungefähr 14% der aus Deutschland exportierten Milchprodukte auf dem russischen Markt landeten. Nach dem Einfuhrstopp überschwemmten diese Mengen aber den einheimischen Markt, was die deutschen Milchbauern auf den Plan rief. Somit kann man den bekannten Schweinezyklus auch auf einen Milchzyklus ummünzen. Ist das Angebot an Milch knapp, steigen die Preise. Ergo wird mehr Milch produziert. Gibt es mehr Milch aber weniger Absatz, sinken die Preise. Daraufhin wird die Milchproduktion eingedämmt und es wird irgendwann wieder zu einer Verknappung kommen. Dieser Mechanismus läuft endlos weiter. In Deutschland fiel der Milchpreis je Liter innerhalb der letzten 5 Jahre um 50% auf ca. 20 ct. Da das viele Milchbauern nicht verkraften, kommt der Ruf nach Vater Staat. Der ist inzwischen bekanntlich tätig geworden und die Milchbauern wurden mit vielen Millionen subventioniert. Schlussendlich löst es allerdings nicht das Problem, sondern verhindert den Kapazitätsabbau und sorgt für anhaltende Ungleichgewichte zwischen Angebot und Nachfrage. Richtiger wäre es gewesen, wenn die Milchbauern bei hohen Preisen vorsichtig expandiert hätten und für Niedrigpreisphasen ein Finanzpolster angelegt hätten. Auch in der Zukunft wird es genügend Milch zu entsprechend hohen Preisen geben, damit diese um 2025 erneut im Keller sind. So nimmt der Milchzyklus wohl auch in Zukunft seinen Lauf.

Anfang dieses Monats war es ein Dienstag, der für den deutschen Steuerzahler ein besonderer Tag war. Von diesem Tag an arbeitet er rechnerisch für seine eigene Brieftasche und nicht mehr für Vater Staat und die Sozialkassen. Der Steuerzahlerbund hat vorgerechnet, dass sich dieser „Gedenktag“ im nächsten Jahr weiter nach hinten schieben wird, da der Beitrag zur gesetzlichen Pflegeversicherung um 0,2% steigt und viele Krankenkassen die Zusatzbeiträge erhöhen. Wenn wir die (Steuer-)Einnahmepolitik von Finanzminister Schäuble sehen, dann hat das beim besten Willen nichts damit zu tun, dass er von Sparpolitik schreibt, um eine schwarze Null auszuweisen. Steuereinnahmen werden in diesem Jahr einen historischen Rekord erreichen und in dieser Situation ist es schon fast frech, erneut in das Portemonnaie des Steuerzahlers zu fassen. Alleine im vergangenen Jahr hatte die Bundesagentur für Arbeit einen Überschuss von 3,5 Milliarden Euro in der Kasse. Jede Beitragserhöhung steigert die Lohnnebenkosten der Unternehmen und schwächt die Kaufkraft der Arbeitnehmer. Das wirkt wachstumshemmend und erschwert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Schlussendlich hat das negative Folgen für die deutsche Volkswirtschaft.

### **Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder**

Wenn wir die Entwicklung des deutschen Edelstahlmarktes betrachten, können wir sicherlich noch nicht von einer Trendwende reden. Dieser berühmt berüchtigte Silberstreif am Horizont ist allerdings zu sehen, denn der Auftragseingang der Werke hat sich erhöht. Die Nachfrage nach Edelstahlprodukten ex Lager ist ebenfalls gestiegen. Man ist allerdings noch weit von einer Stabilisierung des Marktes entfernt, denn die Preissituation ist nach wie vor miserabel. Was den Grundpreis allerdings erhöhen könnte, sind steigende Legierungszuschläge zum August sowie auch (durchgehen bei Chrom-, Chrom-Nickel- und stabilisierten Güten) zum September. Deshalb ist eine Erhöhung der Grundpreise im Herbst nicht auszuschließen. In welcher Höhe die Erhöhung ausfällt, bleibt zunächst ungewiss.

Eine ins Auge gefasste Stahlehe ThyssenKrupp & Tata liegt durch den Brexit zunächst auf Eis. Das Stahlgeschäft macht bei ThyssenKrupp ungefähr 30% des Konzernumsatzes aus. Von diesem möchte sich Konzernchef Hiesinger so schnell wie möglich lösen. Wahrscheinlich bereiten ihm die tiefroten Zahlen des Werkes in Brasilien täglich Magenschmerzen. Das Geld, das hier verbrannt wird, könnte Herr Hiesinger gut in die wachsende Aufzugssparte stecken. Viele andere Partner als Tata bleiben ThyssenKrupp nicht, denn vom zweitgrößten deutschen Stahlproduzenten Salzgitter hat man eine Absage bekommen und ein Zusammenschluss mit ArcelorMittal kommt aus kartellrechtlichen Gründen nicht in Frage. Hiesinger wird die Stahlsparte dann wohl verschenken müssen, damit er

den milliardenschweren Pensionsverpflichtungen für die rund 27.000 Stahlkocher des Konzerns nachkommen kann. Wir haben schon mehrfach über Anti-Dumping-Zölle bei Einfuhren chinesischer Rostfreiprodukte nach Deutschland gesprochen. Vor 15 Jahren verpflichtete sich die EU juristisch, China bis zum Jahresende 2016 bei der Welthandelsorganisation WTO als Marktwirtschaft anzuerkennen. Wenn das umgesetzt wird, braucht man nicht besonders darauf hinweisen, dass der Anti-Dumping-Zoll für ebendiese Produkte fällt und es künftig schwieriger wird, Strafzölle zu verhängen. Im Augenblick laufen noch Verhandlungen. Sollte sich das allerdings umsetzen, was vor 15 Jahren vereinbart wurde, wird das die Situation der europäischen Stahl-/Edelstahlindustrie nicht verbessern.

### Die Rohstoffmärkte

Man muss bis Anfang Januar 2015 zurückgehen, um sich an einen Nickelkurs von über 10.000 US-\$/mt. zu erinnern. Ob der derzeitige Preisanstieg nur ein Strohfeuer ist oder eine stabile Entwicklung, werden die nächsten Wochen zeigen. Zum August und September werden die Legierungszuschläge steigen.

Dass auf Dauer kein Unternehmen mit roten Zahlen überleben kann, versteht sich von selbst. Deshalb haben auch einige Nickelminen in Australien und Brasilien die Produktion eingestellt. Vielleicht ist die Reduktion des Angebotes der Grund für den Preisanstieg bei Nickel – die Edelstahlnachfrage ist es jedenfalls nicht. Man darf allerdings auch nicht den Stand an der LME vergessen (siehe Übersicht Währungen und Rohstoffe im Vergleich). Da der Bestand seit Anfang des Jahres gesunken ist, ruft das gleich die INSG (International Nickel Study Group) auf den Plan, die für dieses Jahr ein Angebotsdefizit an Nickel von 50.000 Tonnen prognostiziert.

Die Chrompreise wurden für das 3. Quartal auf 2.160 US-\$/mt. festgeschrieben.

Die Preise für Molybdän sind schwankend. Schlussendlich glaubt man aber für die nächsten Wochen und Monate an eine Erhöhung.

Aus heutiger Sicht lässt sich ein steigender Preistrend für Edelstahl Rostfrei erkennen. Für die nächsten Wochen ist das so – ob der Trend die nächsten Monate anhält, wird sich zeigen müssen.

### Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
01.03.2016	1.0842	8.535	8.565	439.932	785	1.122
01.04.2016	1.1398	8.380	8.415	431.802	733	1.067
03.05.2016	1.1507	9.555	9.575	417.504	826	1.176
01.06.2016	1.1159	8.325	8.365	401.508	745	1.369
01.07.2016	1.1136	9.535	9.580	379.566	857	1.529
27.07.2016	1.0990	10.360	10.410	374.652	943	1.342

### Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2015 €/to	Höchste LZ 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400	410	418	448	459	464	↑			
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474	485	496	546	585	576	↑			
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827	869	853	914	903	1.013	↑			
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780	817	804	861	853	952	↑			
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807	845	835	907	919	1.004	↑			
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134	1.191	1.172	1.289	1.334	1.450	↑			
4509	01/15 - 530	07/15 - 580	573	540	517	525	532	560	571	577	↑			
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633	646	659	730	798	381	↑			
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976	2.087	2.034	2.238	2.311	2.560	↑			
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150	1.207	1.187	1.305	1.349	1.469	↑			
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047	1.102	1.073	1.144	1.123	1.287	↑			

\*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

### Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190	200	190	190	210	220					
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750	780	760	750	770	810					
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020	1.060	1.050	1.000	1.010	1.080					

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

### Das KGW-Team